

**Statements aus der *Bürgerinitiative Kein Görzhausen IV...* in Ergänzung zum
Pressebericht vom 2. Regionalpolitischen Dialog am 13. November 2024**

Thema: **Görzhausen IV – und die Folgen für die Region**

In Ergänzung des vorstehenden Presseberichts vom 2. Regionalpolitischen Dialog dokumentieren wir an dieser Stelle Statements von Mitgliedern bzw. aktiv Tätigen in der Arbeit der Bürgerinitiative Kein Görzhausen IV – Stopp den Flächenverbrauch! e.V.. Diese Statements wurden jeweils zu den (auch oben im Pressebericht kommentierten) Hauptaussagen der Podiumsteilnehmer:innen vorgebracht. Sie sollen für Leser:innen den Eindruck von der Diskussion an diesem Abend abrunden. Wir danken allen, die ein Statement vorbereitet und vorgetragen haben.
W.Richebächer

Thema: Hypertropher Flächenverbrauch durch Görzhausen IV (hauptsächlich von OB Dr. Thomas Spies behandelt)

Kommentierendes Statement hierzu von Ute Göbel-Lehnert: Der Bedarf der Flächennachmeldung von Görzhausen IV ist aufgrund der offenen Fragen zur Nutzung von GH III, Leerständen und Innenverdichtung nach wie vor unklar und nicht belegt. Die Ziele der Potentialfläche GH IV werden mehrdeutig umrissen: einerseits sollen nach Aussagen von OB Dr. Spies weitere stabile Entwicklungsperspektiven für die Pharmaunternehmen eröffnet werden, andererseits soll das Gebiet „eigentlich auch längerfristig nicht bebaut werden und nur als eine Art Werbemittel dienen“. Zudem hat die Stadt bei ihren Abwägungsentscheidungen die spezifische Situation von Dagobertshausen, einem der kleinsten Stadtteile Marburgs, nicht hinreichend berücksichtigt, z.B. Größenverhältnis von Siedlung und Gewerbe/Industrie, Nähe zum Wohngebiet und Vorbelastungen durch Freizeitgewerbebetriebe. Ein städtebauliches Gesamtkonzept ist seit vielen Jahren überfällig.

Thema: Ressource Wasser (hauptsächlich von Dr. Anne Archinal behandelt)

Kommentierendes Statement hierzu von Jutta Richebächer: Für die Aussage von Frau Archinal, dass die Regelungen der Natur in Wirtschaftsplanungen latent nicht beachtet werden, möchte ich ein Beispiel hinzufügen: Im Regionalplan Mittelhessen (*Entwurf zur Beteiligung, Regionalversammlung Mittelhessen beschlossen am 23.09.2021, S. 176*) steht: „Zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels sind vor allem Böden zu erhalten, welche die Einflüsse klimatischer Extreme (Hitze, Trockenheit) minimieren...“ Sowohl das neue Siedlungsgebiet „Michelbach Nord“ als auch das gesamte Industriegebiet Görzhäuser Hof sind auf diesen ertragsichernden Böden mit sehr hoher Bedeutung für Grundwasser- und Klimaschutzfunktion in den letzten Jahren gebaut worden (*aaO., Textkarte 4, S. 99*). Warum wird -trotz besseren Wissens- wiederholt jetzt das neue Plangebiet G311

auf diesem ertragssichernden Boden ausgelegt? - Klimaneutralität kann nicht erreicht werden, wenn gleichzeitig ertragssichernde Böden versiegelt werden und neue Hitzeinseln wie am Görzhäuser Hof geschaffen werden. Der Energieverbrauch am Pharmastandort, der vollständig in Wärme umgewandelt wird, beläuft sich derzeit auf ca. 250 GWh/Tg und kann sich nach Prognosen in ein bis zwei Jahrzehnten verdoppeln. – Statt dem in der internationalen Wissenschaft beachteten und schon im Maastricht-Vertrag der EU vereinbarten *Vorsorgeprinzip* dürften auch in der Wirtschaftsplanung nicht immer wieder Risiken eingegangen werden, für deren Ausgleich man noch keine Lösung hat, sondern nur blind darauf vertraut, dass kommende Generationen ‚das schon schaffen würden‘.

Thema: Kompromisse bei Planflächenverkleinerungen in der Regionalversammlung statt Ablehnung – warum? (Frage an Frau Barbara Schlemmer, die erkrankt fehlte)

Kommentierendes Statement hierzu von Barbara Grenz: In einer Demokratie muss Politik zu Kompromissen bereit sein. Das ist richtig. Doch ein Kompromiss kann auch „faul“ sein. Denn er bedeutet in diesem Fall einen erheblichen Eingriff in die Natur-egal ob die Potentialfläche nun voll oder reduziert genehmigt wird: Der Lebensraum von Pflanzen und Tiere wird auch bei einer geringeren Bebauung erheblich gestört sein. Die Klimaschutzschneise wird quer verriegelt sein. Wald, Wiese, Ackerland sind Lebensraum und wertvolle CO² Esser. Die Zeiten sollten endgültig vorbei sein, in denen man diese Erkenntnis in einer Regionalplanung nicht priorisiert.

Kommentierendes Statement ebenfalls hierzu von Agnes Özen: Was mich bewegt, in der *BI Kein Görzhäuser IV...* mitzuarbeiten und zu genau diesem Punkt Stellung zu nehmen, ist, daß die Fläche nicht unbewohnt ist. Es leben dort Füchse, Rehe, Wildschweine, Dachse, Waschbären, Wildkatzen, Eichhörnchen, viele Vogelarten und elf Fledermausarten. Wenn die Fläche gerodet wird, um zu bauen, werden die Tiere, die nicht schnell genug von den Maschinen wegrennen können und die Jungtiere in Höhlen und Nesten sofort sterben. Für die, die fliehen können, wo können sie hin? Wo gibt es, wo Tiere leben können, ohne vom Licht, Lärm und Straßen der Menschen gestört zu werden? Es gibt fast keinen Ort mehr in unserer Region wo Tieren leben können, ohne von Menschen gestört zu werden. Ich sag nicht, dass die Behringwerke die Krebsbehandlung und Impfstoff nicht machen sollen. Wir sind als Menschen eine sehr schlaue Spezies und wir können Lösungen finden, unseren Fortschritt zu machen, ohne die Natur und alle anderen Tieren ständig zu stören und zu zerstören.

Thema: Gleichgewicht Landwirtschaft – Industrie und Gewerbe (hauptsächlich behandelt von Werner Waßmuth)

Kommentierendes Statement hierzu von Hubert Sell: Begünstigt eine Planungspraxis (wie in der Regionalversammlung) mit Bevorratung von wertvollen Ackerböden (die nur scheinbar „leere Flächen“ sind) nicht gerade Bodenspekulationen, die im Widerspruch zu gemeinwohl-orientierten Zwecken

stehen? Wenn wir in Deutschland die derzeit noch vorhandene Qualität von Ackerböden (a) durch fortschreitende Neuversiegelung und (b) durch eine anderweitige Nutzung, wie z.B. Photovoltaik in großem Maßstab betreiben, müssen wir uns ernsthaft überlegen, was das im Notfall für unsere Ernährungssicherheit bedeutet. Um das Jahr 1800 betrug die Weltbevölkerung 1 Mrd. Menschen, mittlerweile sind es ca. 8 Mrd. und bis zum Jahr 2100 werden es wahrscheinlich ca. 11 Mrd. Menschen sein, Diese steigende Anzahl Menschen zu ernähren, kann nicht auf immer kleinerer Fläche funktionieren, zumal die Ertragssteigerungen in den letzten Jahren, auch durch den Klimawandel beeinflusst, nur marginal waren und mittlerweile stagnieren. Wir leben in Mitteleuropa in einer der fruchtbarsten und ertragreichsten Standorte weltweit, diese Ressourcen sollten tunlichst geschont werden.

Thema: Fachkräftemangel in der Region (Thema gestellt an Kurt Hillgärtner, der erkrankt fehlte)

Kommentierendes Statement hierzu von Anne Ebert- Schreiber und Manfred Schreiber: Der Fachkräftemangel in Marburg, Hessen, ist eine ernstzunehmende und wachsende Problematik. Laut Prognosen der IHK Kassel-Marburg könnte die Region Nordhessen, zu der auch Marburg gehört, bis 2035 mit einer Fachkräftelücke von bis zu 88.000 Fachkräften konfrontiert sein.

Gründe für den Fachkräftemangel in Marburg:

- Alterung der Bevölkerung: Viele Fachkräfte erreichen das Rentenalter und scheiden aus dem Arbeitsleben aus.
- Wachstumsbranchen: Branchen wie die Pharmaindustrie, die IT und der Gesundheitssektor wachsen stark und benötigen qualifizierte Mitarbeiter.
- Abwanderung: Gut ausgebildete junge Menschen ziehen nach dem Studium oft in größere Städte oder ins Ausland.

Auswirkungen des Fachkräftemangels:

- Wettbewerbsnachteil für Unternehmen: Unternehmen haben Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen und müssen höhere Löhne zahlen, um Fachkräfte anzuziehen.
- Hemmung des Wirtschaftswachstums: Ein Mangel an Fachkräften kann das Wachstum von Unternehmen und der gesamten Region bremsen.
- Verlust von Innovation: Ohne ausreichend qualifizierte Mitarbeiter ist es schwieriger, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.
- Lebensqualität: Marburg sollte als attraktiver Wohnort gestaltet werden, um Fachkräfte anzuziehen

Um die Zahlen des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur im Landkreis Marburg zu untermauern:

Laut Prognosen der IHK Kassel-Marburg könnte die Region Nordhessen, zu der auch Marburg gehört, bis 2035 mit einer Fachkräftelücke von bis zu 88.000 Fachkräften konfrontiert sein.

Handwerker, z.B. Installateure bilden in ihren kleinen Betrieben aus. Die ausgebildeten Fachkräfte werden von den Pharmafirmen durch höhere Löhne abgeworben. Ähnliches geschieht im Gesundheitswesen, z.B. bei Arzthelferinnen.